

# Stellungnahmen

## Steffen Lehndorff (Köln): Völliger Einklang mit der KPdSU

„Es hat sich eine Strömung herausgebildet, die als Erneuerungsströmung bezeichnet wird, für die der Bruch mit dem nach der Stalinzeit nie grundsätzlich hinterfragten Parteiverständnis die oberste Voraussetzung für die Überwindung unserer Parteikrise ist.“ Nach Lehndorff befindet sich die Partei im Übergang zu einem neuen Verständnis. Auch wenn durch die Vorstandswahlen viele Emotionen losgetreten sind, worauf „ein verständliches Zurück zu alten Harmonievorstellungen in unserer Partei, ein Verschließen der Augen vor der Tatsache, daß die Einheit nur durch Verzicht auf Harmonie zu haben ist“ stattfand. Für die Erneuerer sieht er ermutigende Zeichen: die Quotierung, die Beteiligung von vielen Frauen, der „aufrechte Gang auch innerhalb der Partei“, all dies zeige: „die Kraft des alten Parteimodells ist erschöpft (...) Ein neues, den Bedingungen der fortschrittlichen Bewegungen dieses Landes entsprechendes Parteiverständnis ist in Ansätzen sichtbar geworden. Aber es ist noch unentwickelt, unfertig.“

Ausdrücklich grenzt Lehndorff die Vorstellungen der Erneuerer-Strömung als „Suchbewegung“ von Fraktionen ab, die ein altes Parteiverständnis ausdrücken würden. Nach außen müsse die Partei „öffentlich“, nach innen „dialogfähig“ werden. Lehndorff plädiert für das „Ringens der Erneuererströmung um die Mehrheit“, für parteioffenen und öffentlichen Austausch über die Grenzen der bisherigen DKP-Organisierung hinaus. „Ein Zusammenwachsen unserer Meinungsströmung“ sei zur Herausbildung eigener Inhalte notwendig. Als ein Weg dahin wird beispielhaft die gemeinsame Konferenz der Bremer und der Kölner MASCH bezeichnet, die im April stattfinden soll (siehe im ak-Kalender).

Woher der Mut zum Minderheitskampf in der Partei? Lehndorff nennt zwei Bedingungen. Anders als andere kritische Strömungen der kommunistischen Geschichte der Vergangenheit sei das „historisch Neue an dem Aufbruch, den es heute innerhalb unserer Partei gibt, ein völliger Einklang mit der KPdSU. Nicht im Sinne einer Kopie, sondern im Sinne der Methodik, im Sinne des wirklich selbständigen und eigenverantwortlichen Denkens und Handelns jeder kommunistischen Partei, jedes einzelnen Menschen, der dieser Partei angehört. Deshalb ist das, was heute als Erneuerung bezeichnet wird, als ein Bestandteil der kommunistischen Bewegung erstmals nicht zum Scheitern verurteilt.“ Die Erneuerer sein „durch und durch prosojektiv“.

Die zweite Bedingung ist eine innenpolitische, da nicht nur in der DKP nachgedacht wird. „Bei den Jusos wird über Demokratisierung, Feminisierung und neue Politikformen gestritten. In der SPD beginnt sich die Linke aus dem Sog des neuen Zentrums Vogel-Lafontaine zu lösen, sie versucht es zumindest. Bei den Grünen gibt es Ansätze einer bundesweiten, blockübergreifenden Strömung der „undogmatischen Linken“, die sich positiv auf die Perestroika bezieht. Im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich (z.B. Haug!) beginnt ein Nachdenken über die strategischen Impulse, die die marxistische Linke aus der Perestroika umsetzen kann“ und schließlich sei Theo Stegmanns (Betriebsrat Krupp-Rheinhausen) Vorschlag vom erforderlichen „linken Diskussionszusammenhang“ aktuell. Die Frage sei, so Lehndorff abschließend, ob sich die DKP mit ihren „guten Traditionen“ an dieser Suche der Linken beteilige oder zur Sekte werde.

(Zur Lage in der Partei nach dem Parteitag, Referat des Kölner Kreisvorsitzenden der DKP Steffen Lehndorff vom 14.1.89).

## Georg Fülberth (Marburg): Umstrukturierung der Linken

Fülberth hat in einem Kommentar den Begriff vom „Übergangs-Parteitag“ geprägt, der mittlerweile allerorten verwendet wird. Wobei die häufigste Verwendung dieses Begriffes solche Banalitäten wie die vom Übergang zur Parteitagsfortsetzung oder die zum Sonderparteitag 1990 meint. Fülberth erinnert die älteren GenossInnen der Partei, die diesen Parteitag chaotisch und damit „unkommunistisch“ fanden, an die KPD der ersten Hälfte der zwanziger Jahre, als „tumultuarische“ Auseinandersetzungen, Strömungen, die offizielle Handhabung eines „Minderheits-Referats“, ja sogar die Bezeichnung „Opposition“ zum Bild der

Partei gehörten. Sowohl das, was dann mit der „Bolschewisierung“ der KPD begann und später Elemente der „Stalinisierung“ aufnahm, müsse kritisch diskutiert werden, wieweit es tauglich ist. „Selbst wenn die Einlinigkeit, die sich Ende der zwanziger Jahre herausbildete, damals richtig gewesen sein sollte, ist damit nicht bewiesen, daß sie heute noch nützlich ist.“ Ein künftiger demokratischer Zentralismus könne möglicherweise in nächster Zeit „die vernünftige Organisation des Konflikts sein“, den man nicht durch „voreilige Kompromisse“ lösen sollte. Das ist ein Plädoyer, die Widersprüche auszuhalten und es nicht zum Bruch kommen zu lassen. In dem Sinne versteht Fülberth auch den Wahlfrust der Minderheit, verweist aber auch auf Durchsetzungserfolge, daß sie sich mittlerweile ungehindert artikulieren kann (Georg Fülberth, Ein Übergangs-Parteitag, UZ, 13.1.89).

Der Übergang zu einem neuen Parteiverständnis ist auch hauptsächliches Thema Fülberths in einem vorbereiteten Redebeitrag, mit dem er in Frankfurt nicht mehr rankam. Darüberhinaus verweist er unter historischem Bezug auf Trotzki's Gruppe der Meshrajonka, die Mitte 1917 zu den Bolschewiki stieß, auf die Existenz anderer linkssozialistischer und „kommunistischer“ (bislang ein DKP-Tabu) Sektoren sowie auf die Ökosozialisten und Fundis bei den Grünen. „Ein wirkliches politisches Gewicht — so vermute ich — können sie alle nur gewinnen, wenn die Linke in der Bundesrepublik insgesamt unstrukturiert wird, und darum sollten wir Kommunistinnen und Kommunisten uns bemühen“ (Diskussionsbeitrag des Delegierten Georg Fülberth).

## Dieter Gautier (Bezirksvorstand Bremen): Stimmung verschärft

Die nachfolgende Stellungnahme (Auszüge) wurde am 13.1.89 unter dem Eindruck von Herbert Mies' Schulduzuweisung verfaßt und zunächst der Abdruck in der UZ verweigert. Gekürzt wurde sie am 21.1.89 von der UZ veröffentlicht.

(...)

3. Unserer Auffassung nach hatte der Parteitag in der gegenwärtigen Umbruchsituation, die begleitet ist von krisenhaften Prozessen unserer Partei ebenso wie der Linken insgesamt, die Aufgabe, Wege zu öffnen und offenzuhalten für neues Denken, für Demokratisierung und Erneuerung der Partei und für die Überwindung von Denktabus sowie die Verhinderung von Ausgrenzung bestimmter Positionen, als Garant für die Erhaltung der Einheit der Partei ...

4. Die Nichtwahl der GenossInnen Vera Achenbach, Steffen Lehndorff und unseres Bezirksvorsitzenden Dieter Gautier in den Parteivorstand spitzt die Lage der Partei weiter zu, obwohl wir um die Gefahr einer solchen Entscheidung wußten. Die Bezirksorganisation Bremen, die durch ihren Vorsitzenden repräsentiert wird, sieht sich in ihrer Gesamtheit zurückgesetzt. Bereits im Vorfeld des Parteitags war seit längerem eine Stimmung verschärft und geduldet worden, die unserer Bezirksorganisation als Ganzes das Verlassen kommunistischer Positionen unterstellte.

(...)

8. Obwohl wir mit dem Erneuerungsprozeß und dem Prozeß der Demokratisierung der Partei erst am Beginn stehen, wurde auf dem Parteitag, insbesondere in der Personaldebatte um die Wahl des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden deutlich, daß diese Prozesse nicht mehr aufzuhalten sind ...

Wir halten es für ein sehr positives Ergebnis dieses Parteitages, daß es zum ersten Mal in der Geschichte der DKP eine offene, in der Sache harte, und an keinem Punkt unsolidarische Personaldebatte gab.

Wir sind der Auffassung, daß der Gedanke der Einheit nicht dazu herhalten darf, offene Kritik und Gegenstimmen zu verurteilen. Insofern sehen wir in den Gegenstimmen für Herbert Mies und Ellen Weber kein Verlassen der Intentionen der Hessen-Initiative. Vielmehr wäre es nach unserer Überzeugung ein Bruch kommunistischer Solidarität im Umgang miteinander, wenn man seine Gedanken und Überzeugungen nicht offenlegt.

Die Nichtwahl von Vera Achenbach, Steffen Lehndorff und Dieter Gautier respektieren wir als demokratischen Akt. Aber mit der erfolgten Ausgrenzung von drei exponierten VertreterInnen der Erneuerung bei der Wahl zum Parteivorstand ist der Parteitag faktisch dem Gedanken der Hessen-Initiative nicht gefolgt. (...)